

+++ 41. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
dies ist die 41. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure

Clara Herrmann, Sprecherin für den Bereich Verfassungsschutz und Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

+++ Inhalt +++

- 1. Einladung zur Veranstaltung am 2. November „Wir sind jung. Wir sind stark.“ - Rassistischer Mob in Deutschland: Rostock- Lichtenhagen und heute?**
- 2. Rechte Hetze gegen Geflüchtete**
- 3. Rechtsextremismus in Berlin - Schriftliche Anfragen**
- 4. Verfassungsschutzbericht 2014**
- 5. Senat legt NSU-Bericht vor**
- 6. Haushaltsberatungen - Weniger Verfassungsschutz, mehr Zivilgesellschaft!**
- 7. Verschiedenes**
- 8. Termine**

+ 1. Einladung zur Veranstaltung am 2. November „Wir sind jung. Wir sind stark.“ - Rassistischer Mob in Deutschland: Rostock-Lichtenhagen und heute? +

Immer mehr Menschen müssen aus den Krisenregionen dieser Welt fliehen. Daher steigt auch die Zahl derjenigen, die in Deutschland Zuflucht suchen. Die große Hilfsbereitschaft der vielen Ehrenamtlichen ist beeindruckend. Gleichzeitig wird aber fast täglich von Angriffen auf geplante Flüchtlingsunterkünfte berichtet. Von 2013 auf 2014 haben sich die Anschläge verdreifacht und in 2015 gab es zur Jahreshälfte schon so viele Anschläge wie im gesamten Vorjahr. Tröglitz, Nauen, Wertheim und auch Berlin - die rassistischen Übergriffe ziehen sich über das gesamte Bundesgebiet.

Der Film "Wir sind jung. Wir sind stark." erzählt am Beispiel einer Gruppe Jugendlicher von den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992. Die Anschläge auf die zentrale Aufnahmeeinrichtung und das Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter im sog. Sonnenblumenhaus, waren die massivsten rassistisch motivierten Übergriffe der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Kündigen sich jetzt ähnliche Zustände an? Wie weit sind wir von einer solchen Eskalation entfernt? Erste Anschläge auf bewohnte Unterkünfte hat es in jüngster Zeit bereits gegeben. Welche Unterschiede und Parallelen können wir gerade für Berlin feststellen? Und welchen Beitrag können wir als Gesellschaft leisten, damit rechtspopulistische und rassistische Ansichten nicht weiter salonfähig werden?

Darüber möchten wir diskutieren mit:

- Claudia Roth MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
- Dr. Wolfgang Richter, damaliger Ausländerbeauftragter von Rostock, der während der Ausschreitungen im Sonnenblumenhaus war
- Sebastian Wehrhahn, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Moderation:

Clara Herrmann MdA, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Wo?

Kino Movimiento, Saal 1
Kottbusser Damm 22, 10967 Berlin

Wann?

18.45 Uhr - anschließend Diskussion
Ende ca. 22:30 Uhr

Eintritt frei!

+ 2. Rechte Hetze gegen Geflüchtete +

Ein Anschlag mit brennenden Fackeln auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Marzahn, ein Neonazi, der in der S-Bahn auf Kinder uriniert oder ein Rechtsextremist, der den Hitlergruß vor der Flüchtlingsunterkunft in Marzahn zeigt. Auch in Berlin sind das schon lange keine Einzelfälle mehr, seit Monaten hetzt die rechtsextreme Szene massiv und organisiert gegen Geflüchtete in Berlin. Im ersten Halbjahr 2015 (bis Ende Juli) wurden von der offiziellen Polizeistatistik bereits 121 rechte Taten erfasst, die im Zusammenhang mit der Asylthematik stehen. Im Vergleich zu den Halbjahreszahlen des Vorjahres ist das eine Steigerung um 57%. Rassistische Hetze, vor allem auch im Netz, bietet den Nährboden für rechtsextreme Gewalt und bestärkt Täter*innen in ihrem Handeln. Doch wir können auch eindrucksvoll erleben, dass viele Menschen täglich großen Einsatz zeigen, um Geflüchtete in unserer Stadt und in den Bezirken willkommen zu heißen. Die Zivilgesellschaft und die vielen Initiativen und Organisationen demonstrieren, dass es in Berlin keinen Platz für Rassismus, Rechtsextremismus und menschenverachtende Hetze gibt. Vor allem ist es aber Aufgabe des Staates, Geflüchtete zu schützen und Unterkünfte vor Angriffen zu sichern. Die Polizei und die Ermittlungsbehörden stehen in der Pflicht mit aller Härte des Rechtsstaates gegen Neonazis und rassistische Täter*innen vorzugehen.

Parlamentarisches:

- Unsere gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag anlässlich der Übergriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte finden Sie [hier](#)

Aus der Presse:

- Einen Artikel in der taz zu rechter Gewalt in Berlin und zum Brandanschlag in Nauen ist [hier](#) zu finden
- Einen Artikel zum Anstieg rechter Gewalt in Berlin aus der Berliner Morgenpost finden Sie [hier](#)

+ 3. Rechtsextremismus in Berlin - Schriftliche Anfragen +

Ich habe eine Reihe an Schriftlichen Anfragen an den Senat gestellt, die sich mit Thema Rechtsextremismus in Berlin befassen. Zum Einen fragte ich den Senat nach der rechtsextremen Partei „Der Dritte Weg“, die sich 2013 in Heidelberg gegründet hat und seit März 2015 auch einen sogenannten „Stützpunkt“, als Vorläufer eines Kreisverbandes, in Berlin hat. In Berlin verteilten Mitglieder bereits Flugblätter mit rechten Inhalten, um gegen Geflüchtete zu hetzen und in anderen Bundesländern wurden Mitglieder der Partei in Zusammenhang mit Anschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete gebracht. Die Partei ist rechtsextrem, gefährlich und sollte nicht unterschätzt werden.

- [Hier](#) finden Sie die Anfrage Wie gefährlich ist "Der III. Weg"
- Ein Artikel der BILD zur Schriftlichen Anfrage zur Partei „Der III. Weg“ ist [hier](#) zu finden

In einer weiteren Schriftlichen Anfrage an den Senat ging es um den polizeilichen Umgang mit rechtsextremen Veranstaltungen und um Aufmärsche an historischen Daten und Gedenkstätten in Berlin. Die Antworten zeigen, dass die Polizei durchaus rechtliche Möglichkeiten hat, rechte und rechtsextreme Aufmärsche an historischen Daten und Gedenkstätten zu beauftragen, diese aber kaum nutzt.

- Die Anfrage „Polizeilicher Umgang mit rechtsextremen Veranstaltungen - Aufmärsche an historischen Daten und Gedenkstätten“ ist [hier](#) zu finden

Die Antwort auf meine Anfrage „Rechtsextreme und rechtspopulistische Versammlungen in Berlin“ hat besorgniserregende Erkenntnisse hervorgebracht. Sie zeigt, dass nicht nur die Zahl rechtsextremer Aufmärsche im letzten Jahr in Berlin deutlich angestiegen ist, sondern auch die Anzahl der Straftaten, die im Rahmen rechtsextremer Versammlungen begangen werden. Im Jahr 2014 wurden 91 Delikte erfasst, im Vorjahr waren es 41 Fälle. Dieser dramatische Anstieg rechter Gewalt steht klar im Zusammenhang mit der massiven rechten Hetze gegen Geflüchtete im letzten Jahr.

- Die Schriftliche Anfrage an den Senat zu rechten Versammlungen und Straftaten ist [hier](#) zu finden
- Einen Artikel der taz zur Anfrage finden Sie [hier](#)

Schließlich wollte ich vom Senat wissen, wie es bei der rechtsextremen Musikszene in Berlin aussieht und wie viele rechtsextreme Musikveranstaltungen es im Jahr 2015 bisher gab. Die Antwort zeigt, dass im Mai und im Juni 2015 mindestens zwei rechtsextreme Konzerte in Berlin stattgefunden haben. Die Hinweise auf die beiden Konzerte müssen uns alarmieren, denn die rechte Musikszene hatte in den vergangenen Jahren ihren Schwerpunkt nicht in Berlin. Insbesondere im Zusammenhang mit der Hetze gegen Geflüchtete müssen wir die rechte Musikszene im Auge behalten.

- Die Anfrage „Rechtsextreme Musikveranstaltungen in Berlin“ ist [hier](#) zu finden
- Einen Artikel in „Neues Deutschland“ zu der Anfrage und rechtsextremen Musikszene in Berlin finden Sie [hier](#)

+ 4. Verfassungsschutzbericht 2014 +

Ende Juni wurde der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2014 für Berlin vorgestellt. Erneut setzt sich die Verfassungsschutzbehörde im diesjährigen Bericht nicht kritisch mit der eigenen Struktur und ihrem nachrichtendienstlichen Handeln auseinander. Mit Blick auf den NSU-Komplex und die andauernden Enthüllungen über die NSA wäre dies allerdings wünschenswert.

Der Bericht bestätigt zudem das steigende Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene, welches offenkundig mit den rassistischen Parolen von Pegida und Co. gegen Geflüchtete zusammenhängt. Diese Hetze wird systematisch von der rechtsextremen Szene gesteuert und die steigende Anzahl von Geflüchteten in Berlin wird für die Verbreitung menschenverachtender Ideologie instrumentalisiert und missbraucht. Der damit zusammenhängende Zuwachs rechter Straftaten ist besorgniserregend und erfordert ein konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und rassistische Straftäter*innen durch die Sicherheitsbehörden.

Parlamentarisches:

- Meine Pressemitteilung zum Verfassungsschutzbericht 2014 finden Sie [hier](#)

Aus der Presse:

- Ein Artikel in der Zeitung „Neues Deutschland“ zum Bericht des Verfassungsschutzes ist [hier](#) zu finden

+ 5. Senat legt NSU-Bericht vor +

Anfang September legte der Senat endlich verspätet seinen Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Land Berlin vor. Das Parlament hatte mit einem Antrag den Senat aufgefordert, zu berichten, welche Maßnahmen als Lehren aus dem NSU-Skandal ergriffen werden.

Der Bericht zeigt zwar einige positive Ansätze, Konsequenzen umzusetzen, beispielsweise im Bereich der Aus- und Fortbildung des Personals, doch insgesamt bleibt das Ergebnis enttäuschend. Viele Aspekte des Berichtes sind zudem nicht neu, zum Beispiel die Höchstverwendungsdauer des Personals bei der VP-Führung. Insbesondere stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Umsetzung in der Praxis- Maßnahmen scheitern oftmals in der praktischen Umsetzung, zum Beispiel Opferschutzmaßnahmen, wie der „Kleine Zeugenschutz“. Fraglich ist auch, ob alle polizeilichen Möglichkeiten gegen rechtsextreme Täter*innen vorzugehen, wie beispielsweise Gefährderansprachen, konsequent ausgeschöpft werden.

Erstmals finden sich in dem Bericht auch Ausführungen zu Reformen bei der Justiz, die als enttäuschend zu bewerten sind. Zum Beispiel wird die eingeforderte Verlaufsstatistik, die mehr Nachvollziehbarkeit rechter Straftaten bieten soll, in dem Bericht nicht erwähnt.

Grundsätzlich fordern wir zudem konkrete Reformen beim Verfassungsschutz, der sich immer noch nicht ernsthaft mit Lehren aus dem NSU-Skandal auseinandersetzt. Klar ist, dass Rechtsextremismus nicht mit einmaligen Reformen und Maßnahmen bekämpft werden kann, sondern eine Daueraufgabe für den Staat und die Sicherheitsbehörden bleibt. Die Polizei wird sich daran messen lassen müssen, wie sie die Reformen und Maßnahmen umsetzt.

Parlamentarisches:

- Der gesamte Bericht steht Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung

Aus der Presse:

- Einen Artikel aus der taz zum vorgelegten Bericht finden Sie [hier](#)

+ 6. Haushaltsberatungen - Weniger Verfassungsschutz, mehr Zivilgesellschaft! +

Wir kritisieren die Pläne des rot-schwarzen Senats die Mittel für den Verfassungsschutz im nächsten Doppelhaushalt zu erhöhen und die Behörde mit 45 mehr Stellen auszustatten. Das ist eine Steigerung des Personals um etwa 25%. Wir werden uns in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass die Mittel für sinnvollere Zwecke ausgegeben werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine erhalten deutlich zu wenig Geld. Deshalb hat sich unsere Fraktion in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, die Ausgaben im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in den Jahren 2016 und 2017 jeweils um 1 Mio. € aufzustocken. Dies wäre eine Erhöhung von 2.741.000 € auf 3.741.000 € in 2016 und von 2.846.000 € auf 3.846.000 € im Jahr 2017 - das sind pro Haushaltsjahr 35% mehr Geld als von SPD und CDU vorgesehen. Leider hat der Antrag keine Mehrheit im Fachausschuss gefunden und wurde abgelehnt.

Mehr denn je sind wir derzeit auf die Arbeit der vielen Initiativen und Vereine angewiesen, die einen unersetzlichen Beitrag im Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus leisten.

+ 7. Verschiedenes +

+++

- **Neuer Flyer zu Rechtsextremismus in Berlin**

Unseren Flyer der Fraktion zum Thema Rechtsextremismus in Berlin gibt es nun in einer neuen und überarbeiteten Fassung. In dem Flyer "HINHÖREN, HINSEHEN, AUFSTEHEN! - GEMEINSAM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN BERLIN" finden Sie Informationen zur rechtsextremen Szene in Berlin und zu grünen Forderungen und Strategien gegen Rechts. Der Flyer steht Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung

+++

- **Meine Rede zum Antrag V-Leute abschaffen**

Bereits mit Antrag vom November 2014 hat unsere Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Abschaffung von V-Leuten beim Berliner Verfassungsschutz gefordert. In der Plenarsitzung am 10.09.2015 hielt ich erneut eine Rede zu diesem Thema. Mit der Finanzierung von V-Leuten unterstützt das Land Berlin verfassungsfeindliche Bestrebungen. Diese absurde indirekte Finanzierung ist insbesondere im NSU-Skandal sichtbar geworden. Gleichzeitig haben V-Leute keinen entscheidenden Erkenntnisgewinn gebracht, um die NSU-Morde frühzeitig zu erkennen oder gar zu verhindern. Darüber hinaus zeigt das Beispiel der NPD, wie gefährlich der Einsatz von V-Leuten sein kann. Der Einsatz und die Finanzierung von V-Leuten haben in der Vergangenheit auch zur strukturellen Stärkung der NPD beigetragen.

- Meine Rede zum Antrag „V-Leute abschaffen“ ist [hier](#) zu finden

- Unseren Antrag zu der Forderung, V-Leute beim Verfassungsschutz abzuschaffen, finden Sie [hier](#)

+ 8. Termine +

- Die nächsten Termine für den **Ausschuss für Verfassungsschutz** sind:
 - 14.10.2015, 11:30 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin
 - 18.11.2015, 11:30 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin
- 16. Oktober, 16 Uhr: **Fahrradtour nach Marzahn-Hellersdorf gegen Nazis und Rassismus** von „Berlin gegen Nazis“ - Weitere Infos finden Sie [hier](#)
- **Veranstaltung „Wir sind jung. Wir sind stark.“** - Rassistischer Mob in Deutschland: Rostock-Lichtenhagen und heute? Kino und Diskussion am 2.11.2015, ab 18:45 Uhr im Kino Movimiento, Saal 1, Kottbusser Damm 22, 10967 Berlin